

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass am 18. November 2003 Unterschriftenlisten für ein Bürgerbegehren gegen eine Thermische-Ersatzbrennstoff-Verwertungsanlage an ihn übergeben wurden.

Die Listen wurden an das Innenministerium weitergeleitet, das über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zu entscheiden hat.